

SOEPpapers

on Multidisciplinary Panel Data Research

SOEP – The German Socio-Economic Panel Study at DIW Berlin

545-2013

Sind Politiker risikofreudiger als das Volk?

Eine empirische Studie zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags

Moritz Heß, Christian von Scheve, Jürgen Schupp, Gert G. Wagner

SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research at DIW Berlin

This series presents research findings based either directly on data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) or using SOEP data as part of an internationally comparable data set (e.g. CNEF, ECHP, LIS, LWS, CHER/PACO). SOEP is a truly multidisciplinary household panel study covering a wide range of social and behavioral sciences: economics, sociology, psychology, survey methodology, econometrics and applied statistics, educational science, political science, public health, behavioral genetics, demography, geography, and sport science.

The decision to publish a submission in SOEPpapers is made by a board of editors chosen by the DIW Berlin to represent the wide range of disciplines covered by SOEP. There is no external referee process and papers are either accepted or rejected without revision. Papers appear in this series as works in progress and may also appear elsewhere. They often represent preliminary studies and are circulated to encourage discussion. Citation of such a paper should account for its provisional character. A revised version may be requested from the author directly.

Any opinions expressed in this series are those of the author(s) and not those of DIW Berlin. Research disseminated by DIW Berlin may include views on public policy issues, but the institute itself takes no institutional policy positions.

The SOEPpapers are available at
<http://www.diw.de/soeppapers>

Editors:

Jürgen **Schupp** (Sociology, Vice Dean DIW Graduate Center)
Gert G. **Wagner** (Social Sciences)

Conchita **D'Ambrosio** (Public Economics)
Denis **Gerstorff** (Psychology, DIW Research Director)
Elke **Holst** (Gender Studies, DIW Research Director)
Frauke **Kreuter** (Survey Methodology, DIW Research Professor)
Martin **Kroh** (Political Science and Survey Methodology)
Frieder R. **Lang** (Psychology, DIW Research Professor)
Henning **Lohmann** (Sociology, DIW Research Professor)
Jörg-Peter **Schräpler** (Survey Methodology, DIW Research Professor)
Thomas **Siedler** (Empirical Economics)
C. Katharina **Spieß** (Empirical Economics and Educational Science)

ISSN: 1864-6689 (online)

German Socio-Economic Panel Study (SOEP)
DIW Berlin
Mohrenstrasse 58
10117 Berlin, Germany

Contact: Uta Rahmann | soeppapers@diw.de

Sind Politiker risikofreudiger als das Volk?

Eine empirische Studie zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags

Moritz Heß¹ *, Christian von Scheve^{2,3}, Jürgen Schupp^{3,2}, Gert G. Wagner^{3,4}

¹ Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und Universität
Mannheim, Graduate School of Economic and Social Sciences (GESS)

² Freie Universität Berlin (FUB), Institut für Soziologie

³ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

⁴ Max Planck Institut für Bildungsforschung, Berlin und Technische Universität Berlin
(TUB)

Februar 2013

* Korrespondenzautor: Moritz Heß, Universität Mannheim, Graduate School of Economic and Social Sciences, Center of Doctoral Studies in Social and Behavioral Sciences, D7, 9, 68159 Mannheim, Tel.: +49 621/181- 3427, E-mail: moritz.hess@gess.uni-mannheim.de.
Zum Zeitpunkt der Abfassung der diesem Papier zugrundeliegenden Masterarbeit war Moritz Heß Student an der Freien Universität Berlin und mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) affiliert.

Abstract

The paper seeks to answer whether career politicians differ systematically from the general population in terms of their attitudes toward risk. A written survey of members of the 17th German Bundestag in late 2011 identified their risk attitudes, and the survey data was set in relation to respondents of the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the survey year 2009 (2002 through 2012). Compared with the population surveyed in the SOEP, members of the German parliament display a considerably higher general risk appetite, which is highly significant. For different areas of risk, last surveyed in the SOEP in 2009, the members of parliament had significantly stronger risk-loving attitudes across virtually all indicators and risk categories surveyed than the comparison groups of SOEP respondents.

Zusammenfassung

Das Papier geht der Frage nach, ob sich Berufspolitikerinnen und Berufspolitiker in ihren Risikoeinstellungen systematisch von der allgemeinen Bevölkerung unterscheiden. In einer schriftlichen Befragung von Mitgliedern des 17. Deutschen Bundestags wurde Ende 2011 die Risikoeinstellungen ermittelt und die erhobenen Daten in Relation zu Befragten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) aus dem Erhebungsjahr 2009 gesetzt (2004 bis 2012). Abgeordnete des Deutschen Bundestags weisen für die allgemeine Risikobereitschaft im Vergleich mit den Ergebnissen des SOEP eine hochsignifikante und deutlich höhere Risikobereitschaft auf. Für differenzierte Risikobereiche, die im SOEP zuletzt im Jahr 2009 erhoben wurden, weisen die Abgeordneten über nahezu alle erhobenen Indikatoren und Risikodomänen hinweg signifikant risikofreudigere Einstellungen auf als die Vergleichsgruppen der Befragten des SOEP.

Keywords: political decision making, risk aversion, German parliament, SOEP

JEL classification: D71, D78, H11, H70, P16, Z13

„Nichts geschieht ohne Risiko, aber ohne Risiko geschieht auch nichts.“

Walter Scheel, Bundespräsident a.D.

Innerhalb verschiedener Gesellschaftsbereiche, wie etwa Wirtschaft und Kultur, nimmt die Politik eine Sonderstellung ein. Politische Entscheidungen betreffen zumeist nicht nur den Bereich der Politik selbst, sondern haben Auswirkungen auf weite Teile der Gesellschaft. Ein Beispiel für solche über den Bereich der Politik hinausgehenden Konsequenzen von politischen Entscheidungen ist die Gesetzgebung, die für alle gesellschaftlichen Bereiche Rahmenbedingungen schafft (Patzelt, 2007). Insofern hat das „Funktionssystem der Politik [...] einen Sonderstatus, einen einzigartigen Status, aber nur insoweit als es als einziges gesellschaftliches Funktionssystem die Gesamtgesellschaft – also auch sich selbst – mit allgemein verbindlichen und bindenden Entscheidungen versorgt [...]“ (Bußhoff 2003, S. 27). Aus diesem Grund ist es für eine Gesellschaft wichtig zu wissen, wie Entscheidungen innerhalb der Politik getroffen werden.

Politische Entscheidungen werden einerseits durch die Strukturen des politischen Systems und andererseits durch die handelnden Personen selbst – also die Politikerinnen und Politiker – geprägt (Korte, 2009; Rohe, 1994). Bislang hat sich die Forschung vorwiegend auf die strukturellen Komponenten politischen Entscheidungshandelns (etwa den verschiedenen institutionellen Ausprägungen der Demokratie) oder auf allgemeine Entscheidungsprinzipien (etwa normative Überzeugungen, Werte oder Rationalität) konzentriert. Im Wesentlichen werden nur in der psychologischen Forschung individuelle Faktoren wie beispielsweise Persönlichkeitsmerkmale oder Emotionen, die beim Entscheiden eine wichtige Rollen spielen können, diskutiert (Newell et al., 2007).

Für das Funktionssystem der Politik, insbesondere in repräsentativen Demokratien, ist es sicherlich grundsätzlich gut zu wissen, über welche entscheidungsrelevanten individuellen Merkmale Politikerinnen und Politiker verfügen und ob sich diese Merkmale bzw. Kombinationen von Merkmalen systematisch von denen der repräsentierten und vertretenen Bevölkerung unterscheiden. Oder vereinfacht gefragt: entscheiden Politiker aufgrund ihrer Persönlichkeitsmerkmale „anders“ als die repräsentierten Bürger?

Selten wird die Notwendigkeit zur Beantwortung dieser Frage so deutlich wie bei finanzpolitischen Entscheidungen, wie sie zurzeit beispielsweise angesichts der Staatsschulden- sowie Euro-Krise zu treffen sind. Nicht nur für finanzpolitische Entscheidungen,

die in völlig unübersichtlichen Situationen getroffen werden müssen, hat sich ein Persönlichkeitsmerkmal als besonders relevant für das Entscheidendshandeln gezeigt: die Risikoeinstellung.

Die Risikoeinstellung beeinflusst maßgeblich die Entscheidungsfindung, da ja jede Entscheidung als Wahl zwischen mindestens zwei Alternativen verstanden werden kann, deren tatsächliches Eintreten oder deren Konsequenzen in aller Regel mit Wahrscheinlichkeiten und/oder echten Unsicherheiten verbunden sind.

Im Folgenden wird angenommen, dass im Alltag und umgangssprachlich nicht zwischen berechenbaren Risiken (Wahrscheinlichkeiten) und nicht-quantifizierbaren Gefahren unterschieden wird. D.h. es wird angenommen, dass im Alltag der Begriff „Risiko“ auch den Begriff der ungewissen „Gefahr“ einschließt (Knight, 1921).

Nach unserem Kenntnisstand sind die Risikoeinstellungen von Politikerinnen und Politikern bislang nicht erforscht, obgleich sie doch maßgeblich Entscheidungen von gesamtgesellschaftlicher Relevanz prägen. Die vorliegende Arbeit möchte dazu beitragen, diese Forschungslücke zu schließen. Sie geht der Frage nach, ob sich die Risikoeinstellungen von Politikerinnen und Politikern sowie Nichtpolitikerinnen und Nichtpolitikern unterscheiden¹. Dafür haben wir in einer schriftlichen Befragung die Risikoeinstellungen von Mitgliedern des Deutschen Bundestags (MdB) als Repräsentanten der Gruppe politischer Entscheidungsträger erhoben, um sie mit denen der allgemeinen Bevölkerung vergleichen zu können.

Im ersten Teil des Beitrags skizzieren wir kurz Theorien und aktuelle Forschungsergebnisse zu Risikoeinstellungen und formulieren Hypothesen über Zusammenhänge zwischen beruflicher Stellung und Risikoeinstellungen. Im darauf folgenden Abschnitt charakterisieren wir die untersuchten Populationen, spezifizieren die Stichprobenziehung und erläutern unsere methodische Vorgehensweise. Daran anschließend stellen wir die Analyse der Daten dar und diskutieren die Ergebnisse.

¹ Dieser Beitrag basiert auf einer einerseits stark gekürzten und andererseits wesentlich überarbeiteten und ergänzten Fassung der Masterarbeit von Moritz Heß, die im Frühjahr 2012 am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin abgeschlossen wurde.

1 Risikoeinstellung und Entscheidungsverhalten

Mit der Risikoeinstellung wird zumeist ein Persönlichkeitsmerkmal bezeichnet, welches das Entscheidungsverhalten in risiko- oder gefahrenbehafteten Situationen abbildet (Krahn et al., 1997a). Ein Risiko liegt in einer Entscheidungssituation vor, wenn alternative Entscheidungsoptionen mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit zu unerwünschten Konsequenzen führen können und setzt sich aus der Eintrittswahrscheinlichkeit und der Schadenshöhe des unerwünschten Ereignisses zusammen. Risiken gehen Menschen in ihren Handlungen dann ein, wenn sie mit ihrem Verhalten bewusst den Verlauf der Dinge beeinflussen wollen (Esposito, 2007).

Eine Vielzahl von Studien hat gezeigt, dass die Risikoeinstellung eine maßgebliche Rolle bei der Entscheidungsfindung spielt (Slovic et al., 2005). Individuen mit risikofreudigen Einstellungen entscheiden sich in Situationen von berechenbaren Wahrscheinlichkeiten (Risiken im engeren Sinne) wie in Situationen mit nicht berechenbaren Wahrscheinlichkeiten (*Gefahren*) demnach tendenziell eher für gewagtere Alternativen, während Individuen mit risikoaversen Einstellungen versuchen, gewagte Alternativen zu vermeiden.

In der Literatur wird überwiegend davon ausgegangen, dass die Risikoeinstellung im Zeitverlauf und über verschiedene Risikodomänen, wie beispielsweise finanzielle oder gesundheitliche Risiken, vergleichsweise stabil und gleichartig ist (Rohmann und Renn, 2000), obgleich diese Sicht nicht unwidersprochen ist (vgl. dazu Heineck und Süßmuth, 2011; Blais und Weber, 2006).

Die Risikoeinstellung kann mit unterschiedlichen Verfahren gemessen werden. Experimentelle Methoden lassen Probandinnen und Probanden zwischen Alternativen entscheiden, die mit mehr oder weniger hohen Risiken verbunden sind. Probandinnen und Probanden, die gewagtere Alternativen wählen, wird eine eher risikofreudige Einstellung zugeschrieben, während Personen, die risikoarme Optionen bevorzugen, als risikoavers gelten (Krahn et al., 1997a). Eine weitere etablierte Vorgehensweise Risikoeinstellungen zu messen, sind Selbstauskünfte im Rahmen standardisierter Befragungen. Dabei werden Personen zu Ihrer Risikoeinstellung befragt und mit Hilfe von Messskalen werden Differenzierungen zum Grad der Risikoneigung vorgenommen, etwa „Wie groß ist ihre Risikoeinstellung bei finanziellen Entscheidungssituationen?“ oder „Vermeiden/Mögen Sie es, um Geld zu spielen?“ (Krahn et al., 1997b, S. 4).

Beide Verfahren sind gut validiert, haben sich in zahlreichen Studien bewährt und zeigen deutliche interindividuelle Unterschiede in den Risikoeinstellungen. So weisen Männer

tendenziell risikofreudigere Einstellungen auf als Frauen (Chauvin et al., 2007; Wiedemann und Mertens, 2005; Rosen et al., 2003). Ein hoher Bildungsstand der Eltern (Dohmen et al., 2011; Halek und Eisenhauer, 2001) geht ebenso wie ein geringes Lebensalter (Hartog et al., 2002; Jonah und Dawson, 1987) mit risikofreudigen Einstellungen einher. Zudem konnten positive Zusammenhänge zwischen der Risikoeinstellung und der Körpergröße (Dohmen et al., 2011) sowie dem Vertrauen in andere Menschen (Colquitt et al., 2007; Siegrist et al., 2002; Mayer et al., 1995) gezeigt werden.

Zusammenhänge zwischen der beruflichen Stellung und der Risikoeinstellung sind bislang vor allem über Mechanismen der beruflichen Selbstselektion erklärt worden: „Occupations differ in terms of risk of injury, fatality, and other health hazards, but also in terms of economic risk, such as risk earnings” (Bonin et al., 2007, S. 926). Diese und andere Risiken lassen Berufe in Abhängigkeit der jeweiligen Risikoeinstellung als mehr oder weniger attraktiv erscheinen. Aus diesem Grund kann vermutet werden, dass Personen mit risikofreudigen Einstellungen eher Berufe wählen, die mit hohen Risiken assoziiert sind (und umgekehrt). Empirische Studien stützen diese Vermutung und zeigen, dass etwa Beamte tendenziell risikoaverse (Hartog et al., 2002) und Selbständige (Halek und Eisenhauer, 2001; Van Praag und Cramer, 2001) eher risikofreudige Einstellungen aufweisen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, dass sich in der psychiatrischen Forschung Evidenz verdichtet, dass Menschen in Führungspositionen vergleichsweise häufig psychopathische Persönlichkeitsmerkmale aufweisen, die in bestimmten Kontexten adaptiv sein können. Dazu zählt insbesondere auch eine ausgeprägte Risikofreude (vgl. Glenn et al., 2011; Babiak et al., 2010). Diese Befunde kann man freilich nicht ohne weiteres auf Politikerinnen und Politiker übertragen, da für diese besondere Auswahlmechanismen gelten. In Demokratien müssen sie vom Volk gewählt werden. Dafür sind ausgeprägt psychopathische Persönlichkeitsmerkmale vermutlich hinderlicher als dies für den Aufstieg in nicht demokratisch geführten Unternehmen der Fall ist, auf die sich die Literatur in der Regel bezieht.

Bislang existieren nach unserem Wissen keine Studien, die die Risikoeinstellungen von Politikerinnen und Politikern theoretisch ergründet oder empirisch untersucht hätten. Subjektive Erfahrungsberichte aus dem Bereich der Politikberatung (Wagner, 2012) liefern jedoch Hinweise darauf, dass sie eher zu risikofreudigen Einstellungen neigen.

Versucht man sich der Risikoeinstellung von Politikerinnen und Politikern aus der Perspektive der Selbstselektion und der Risikohaftigkeit des Berufs der Politikerin und des

Politikers zu nähern, gelangt man zu der Vermutung, dass diese überdurchschnittlich risikofreudig sind.² Wiederholt ist zum Beispiel auf die gesundheitlichen Risiken hingewiesen worden, die einem Berufsfeld ein charakteristisches Risikoprofil verleihen (Bonin et al., 2007). Hier haben Studien gezeigt, dass Berufe im Bereich der Politik mit hohen gesundheitlichen Risiken verbunden sind. Weinberg und Cooper (2003) weisen darauf hin, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Großbritannien höherem Stress ausgesetzt sind und eine schlechtere Gesundheit haben als leitende Angestellte mit vergleichbaren Aufgaben. Der Beruf der Politikerin und des Politikers gehört zudem zu der Gruppe von Berufen, die mit einem hohen Burn-Out Risiko verbunden sind (Känel, 2008).

Aber nicht nur der Beruf der Politikerin und des Politikers selbst, sondern auch die Karrierewege zur Berufspolitikerin und zum Berufspolitiker sind mit großen Risiken verbunden, etwa ein vergleichsweise hohes Stressaufkommen und diverse Frustrationsquellen. Zudem ist das Arbeitspensum weit überdurchschnittlich (Mögel, 2008). Zentral ist, dass das Risiko des Scheiterns auf dem Weg zur Berufspolitikerin und zum Berufspolitiker hoch ist: Nur einem Bruchteil des politischen Nachwuchses gelingt es, sich in diesem Berufsfeld zu etablieren (Edinger und Patzelt, 2011).

In Demokratien muss die Legitimation zur politischen Machtausübung stets durch Wahlen neu erworben werden. So sehen sich auch Personen, die sich im Berufsfeld der Politik etabliert haben, fortwährend dem Risiko der Abwahl ausgesetzt. In dieser Hinsicht erscheinen Berufspolitikerinnen und -politiker durchaus mit Selbständigen vergleichbar: Beide Berufsgruppen sehen sich einer hohen beruflichen Planungsunsicherheit ausgesetzt. So können sich Selbständige, die mit ihrem Betrieb den Nachfrageschwankungen des Marktes sowie der Konkurrenz durch andere Wettbewerber ausgesetzt sind, oftmals nicht sicher sein, was nach dem nächsten Auftrag kommt – gleiches gilt für Politikerinnen und Politiker und ihre Berufsaussichten über die laufende Wahlperiode hinaus. Für beide Berufsgruppen lässt sich daher vermuten, dass Selbstselektionsmechanismen vor allem Personen mit risikofreudigen Einstellungen auf den Pfad der Selbständigkeit oder der Berufspolitik führen.

² Mit „Berufspolitikerinnen und -politikern“ bezeichnen wir im Folgenden Personen, die durch Diäten, Besoldung oder Aufwandsentschädigungen den überwiegenden Teil ihres Lebensunterhalts bestreiten, vor allem Abgeordnete, Kabinetts- oder Regierungsmitglieder und politische Beamte (vgl. Borchert und Golsch, 2003).

Mit dem Beruf der Politikerin und des Politikers sind nun aber nicht nur Risiken verbunden, sondern auch – insbesondere in höheren politischen Ämtern und bei Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern – eine entsprechende politische Macht, die sogar als eines der bestimmenden Merkmale der Politik gesehen werden kann (Rattinger, 2009; Schluchter, 2009). Macht wiederum weist einen positiven Zusammenhang mit risikofreudigen Einstellungen auf. So kommen Anderson und Galinsky (2006) in einer Metaanalyse zu dem Ergebnis, dass mehr Macht zu einer optimistischeren Risikoeinschätzung und auch zu riskanterem Verhalten führt. Erklärt wird dieser Zusammenhang mit einer stärkeren Fokussierung Mächtiger auf die gewünschten Folgen einer riskanten Entscheidung unter Ausblendung der unerwünschten Folgen. Da Macht in der Regel auch mit der Verfügbarkeit über knappe Ressourcen einhergeht, können die unerwünschten Konsequenzen einer riskanten Entscheidung unter Umständen auch besser kompensiert werden.

Auch die Bereitschaft sich überhaupt politisch zu engagieren, was durchaus als grundlegende Eigenschaft für die Karriere einer Berufspolitikerin und eines Politikers angesehen werden kann, dürfte positiv mit einer eher risikofreudigen Einstellungen zusammenzuhängen. In einer der wenigen weltweit vorliegenden, einschlägigen empirischen Studien zeigt Kam (2012), dass Menschen mit risikofreudigen Einstellungen sich eher an politischen Sitzungen beteiligen, Flugblätter verteilen und Wahlkampf betreiben. Sie erklärt dies mit der Freude an Neuem und an Aufregung, die eher von risikofreudigen Menschen geteilt wird und im politischen Engagement zu finden ist.

Insofern sprechen mindestens drei theoretische Annahmen – Selbstselektion, Macht, und Freude an Neuem und an Aufregung – dafür, dass sich im Berufsfeld Politik eher Menschen mit risikofreudigen Einstellungen zusammenfinden sollten, die sich angesichts von Entscheidungen unter Risiko tendenziell häufiger für die riskantere Option entscheiden. Entsprechend werden wir im Folgenden die Hypothese prüfen, dass aktive Berufspolitikerinnen und -politiker insgesamt risikofreudigere Einstellungen aufweisen als der Durchschnitt der Bevölkerung.

2 Daten und Methoden

Um die Hypothese zu überprüfen, dass aktive Politikerinnen und Politiker eine risikofreudigere Einstellung als Nichtpolitikerinnen und Nichtpolitiker haben, müssen die Risikoeinstellungen von Politikerinnen und Politikern mit denen der allgemeinen Bevölkerung verglichen werden. Erkenntnisse über die Risikoeinstellung der erwachsenen Bevölkerung

in Deutschland lassen sich aus Daten der Langzeitstudie des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) gewinnen (vgl. Wagner et al. 2007), in dem die Risikoeinstellung im Jahr 2009 erhoben wurde. Nachdem im Jahr 2004 erstmals im SOEP die Erhebung von Risikoeinstellungen durchgeführt wurde und die Ergebnisse der Selbsteinstufung mit experimentellen Verfahren validiert werden konnte (vgl. Dohmen et al. 2005, 2011), wird seitdem nahezu jährlich die allgemeine Risikoeinstellung erhoben und alle fünf Jahre die ausführliche und bereichsspezifische Erhebung von Risikoeinstellungen durchgeführt (Schupp/Wagner 2010). Hierfür schätzen die Befragten jeweils ihre eigene Risikoeinstellung auf einer Skala von 0 (überhaupt nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) ein. Es werden die allgemeine Risikoeinstellung sowie (zuletzt 2009) die Risikoeinstellungen für die Bereiche Autofahren, Geldanlagen, Freizeit und Sport, berufliche Karriere, Gesundheit und Vertrauen in fremde Menschen erhoben.

2.1 Sample und Datenerhebung

Da im SOEP keine gesonderten Informationen zum vergleichsweise kleinen Berufsstand der Politikerin und des Politikers enthalten sind bzw. die Fallzahlen von Berufspolitikerinnen und -politikern so gering sind, dass sie für die hier durchgeführten Analysen nicht ausreichen, haben wir eine separate Befragung unter den Mitgliedern des Deutschen Bundestags als Repräsentanten der Berufspolitik durchgeführt.

Die 620 Mitglieder des 17. Deutschen Bundestags³ sind Berufspolitikerinnen und -politiker, die sich auf die Risiken, die mit diesem Beruf verbunden sind, eingelassen haben und als Mitglieder des wichtigsten Organs der Legislative über eine gewisse Macht verfügen (Czerwick, 2011). Die Abgeordneten stammen aus 299 Wahlkreisen, die über das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland verteilt sind. Sie stellen eine politisch und weltanschaulich heterogene Gruppe dar, so dass die vermuteten Unterschiede in der Risikoeinstellung im Vergleich zur allgemeinen Bevölkerung vor allem auf ihren Beruf und nicht etwa auf regionale, ideologische oder weltanschauliche Besonderheiten zurückzuführen sein sollten. Somit eignen sich MdB zum Prüfen der Hypothese, ob (Berufs)Politiker risikofreudiger als die Allgemeinbevölkerung sind.

³ Einen Überblick über die soziodemographischen Eigenschaften der Mitglieder des Deutschen Bundestags findet sich in Tabelle 1 des Appendix.

Um die Risikoeinstellungen der MdB zu messen, haben wir uns für eine schriftliche postalische Befragung entschieden. Eine praktikable Alternative wäre die Online Befragung, von der wir allerdings Abstand genommen haben, da Shih und Fan (2008) in einer Meta-analyse zu dem Ergebnis kommen, dass bei Experten und Eliten postalische Befragung höhere Antwortraten erzielen. Zudem ist bekannt, dass jüngere Menschen eher bereit sind, an Onlineumfragen teilzunehmen (Baur und Florian, 2009; Kaplowitz et al., 2004). Da zum Zeitpunkt der Befragung das Altersspektrum von Bundestagsabgeordneten 25 bis 77 Jahre umfasste (Feldkamp, 2010), hätte eine Online-Befragung möglicherweise zu unerwünschten Verzerrungen geführt.

Eine Herausforderung bei der Durchführung der Studie war, dass Bundestagsabgeordnete Teil der gesellschaftlichen bzw. politischen Elite sind (Schäfers, 2003; Bürklin et al., 1997), deren Befragung sich immer wieder als problematisch hinsichtlich der Antwortraten erwiesen hat (Faas et al., 2009). Gründe hierfür sind vor allem Zeitrestriktionen (Brandl und Klinger, 2006) und die Vielzahl an wissenschaftlichen und kommerziellen Umfragen, die an Abgeordneten herangetragen werden (Imbusch, 2003).

Um die Antwortraten zu optimieren, haben wir die Befragung daher wie folgt durchgeführt: Am 11. Dezember 2011 wurden die Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestags per Email auf eine in den kommenden Tagen stattfindende postalische Befragung zum Thema „Entscheidungsstrategien von Personen in wichtigen Positionen der Politik“ aufmerksam gemacht (vgl. Anhang 1). Solche Vorankündigungen haben sich als förderlich für die Rücklaufquoten erwiesen (Dillmann, 2007). Der postalische Versand des Fragebogens fand am 13. Dezember 2011 statt. Der Zeitraum vom 11. bis zum 13. Dezember wurde bewusst gewählt, da er mit einer Sitzungswoche des Deutschen Bundestages zusammenfiel. Während der Sitzungswochen besteht für die Abgeordneten eine Anwesenheitspflicht im Bundestag, da Ausschuss-, Fraktions- und Plenumsitzungen stattfinden (Linn und Schreiner, 2008). Der Versand von Fragebögen an Bundestagsabgeordnete ist Köhler (2009) zufolge nur während der Sitzungswochen Erfolg versprechend, da „Fragebögen, die in sitzungsfreien Wochen verschickt werden, leicht in der sehr umfangreichen Post, die in dieser Zeit die Büros erreicht, untergehen“ (S.165).

Dem eigentlichen Fragebogen wurde ein Anschreiben und ein Rücksendeumschlag beigelegt, da sich dies als essentiell für hohe Ausschöpfungsraten in postalischen

Befragungen erwiesen hat (Dillman, 2007; Prost, 2001).⁴ Das personalisierte und handschriftlich unterzeichnete Anschreiben enthielt einen Bezug zur Ankündigungsemail, eine Beschreibung der Studie, die Zusicherung von Datenschutz und Anonymität sowie die Bitte um Teilnahme. Um die Rücklaufquoten substanziell zu erhöhen, wurde zudem eine spezifische Form der Incentivierung gewählt (Jobber et al., 2003). Den Abgeordneten wurde im Anschreiben mitgeteilt, dass der verantwortliche Studienleiter für jeden ausgefüllten und zurückgesandten Fragebogen fünf Euro an die Deutsche Kinderkrebsstiftung der Deutschen Leukämie-Forschungshilfe⁵ spenden wird. Ein interessanter „Nebeneffekt“ bezüglich der Spenden ergab sich aus der Tatsache, dass die Erhebung zwischen dem dritten und vierten Advent durchgeführt wurde. In der Vorweihnachtszeit ist die Spendenbereitschaft generell höher (Demant, 2009). Möglicherweise führte diese Sensibilität für Spendenaufrufe zu einer überdurchschnittlich hohen Teilnahmebereitschaft an der Umfrage.

2.2 Fragebogendesign und Messung der Risikoeinstellung

Als wichtig für eine hohe Rücklaufquote bei schriftlichen Erhebungen gilt das Fragebogendesign. Der Fragebogen sollte nicht zu lang sein (Prost, 2001; Klein und Prost, 2000; Fox et al., 1988; Jepson et al., 2005) und die Fragen sollten klar und verständlich formuliert werden (vgl. Prost, 2009), da bei postalischen Befragungen keine unmittelbare Möglichkeit für Rückfragen und Erläuterungen besteht.

Der Fragebogen (vgl. Anhang 1) setzte sich aus drei thematischen Schwerpunkten zur Soziodemographie, zur Risikoeinstellung und zum Vertrauen⁶ zusammen. Der erste Schwerpunkt enthielt Fragen zu Geschlecht, Alter, höchstem Bildungsabschluss und dem Beruf, der vor der Zeit als MdB ausgeübt wurde. Mit einer Frage nach dem Ort des Schulbesuchs wurde die Sozialisation in Ost- oder Westdeutschland abgefragt. Zuletzt wurden die MdB nach der Dauer ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag sowie nach einer möglichen Vorstandsmitgliedschaft in ihrer Partei oder ihrer Bundestagsfraktion befragt.

⁴ Der Rücksendeumschlag war mit dem Hinweis „Freimachen falls Marke zu Hand“ versehen, so dass die Abgeordnetenbüros auf eine Frankierung des Antwortschreibens verzichten konnten.

⁵ Diese Stiftung wurde gewählt, da sie weltanschaulich, politisch und religiös neutral ist und das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen trägt (Spenden-Almanach des DZI, 2011), ein in Deutschland weithin anerkanntes Qualitätskriterium für gemeinnützige Organisationen (Priller und Sommerfeld, 2009).

⁶ Das Vertrauen in Mitmenschen zeigt einen starken Zusammenhang mit der Risikoeinstellung und wurde als Kontrollvariable erhoben. Je höher das Vertrauen, desto risikofreudiger ist üblicherweise die Risikoeinstellung (Colquitt et al, 2007; Siegrist et al., 2002).

Es wurde bewusst die Partei- und Fraktionszugehörigkeit nicht erfragt, um den Abgeordneten eventuelle Bedenken zu nehmen, dass ihre Antworten sowie die Ergebnisse der Studie für parteipolitische Zwecke genutzt werden könnten. Im Anschreiben wurde zudem auf den ausschließlich wissenschaftlichen Verwendungszweck der Untersuchung hingewiesen.

Der zweite Schwerpunkt enthielt Fragen zur Risikoeinstellung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit der allgemeinen Bevölkerung, d. h. mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), haben wir die Fragen analog zu den entsprechenden Fragen im SOEP gestaltet. Auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) geben die Befragten ihre allgemeine Risikoeinstellung sowie ihre Risikoeinstellung in den Bereichen Autofahren, Geldanlagen, Freizeit und Sport, berufliche Karriere, Gesundheit und Vertrauen in fremde Menschen an. Zusätzlich haben wir in der MdB-Erhebung eine weitere Frage zur Risikoeinstellung bei politischen Entscheidungen gestellt.

Neben diesen Selbsteinschätzungen findet sich im SOEP als Instrument zur Messung der Risikoeinstellung auch eine Frage zu einer hypothetischen Lotterie, die wir ebenfalls in den MdB-Fragebogen übernommen haben. Hier müssen die Befragten angeben, welchen Teil einer fiktiven Summe von 100.000 Euro sie in eine Geldanlage investieren würden, bei der sie mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit die Investition verdoppeln können oder aber die gesamte Investition verlieren (Antwortkategorien: *100.000, 80.000, 60.000, 40.000, 20.000 EUR oder keine Investition*).

Der dritte Schwerpunkt setzte sich aus drei Fragen zum Vertrauen zusammen, die ebenfalls mit Items im SOEP vergleichbar sind. Die Fragen beziehen sich darauf, ob man (a) im Allgemeinen Menschen Vertrauen kann, (b) sich auf niemanden mehr verlassen kann und (c) bei Fremden vorsichtig sein sollte („stimme voll zu“ bis „lehne voll ab“) (vgl. Naef und Schupp 2009).

3 Empirische Ergebnisse

Insgesamt haben 175 Bundestagesabgeordnete den ausgefüllten Fragebogen retourniert. Bei 620 Abgeordneten entspricht dies einer Rücklaufquote von 28,2 Prozent. Im Vergleich zu anderen Studien (Bruns, 2004; ISG, 2011; Kürschner und Siri, 2011) mit der selben Zielgruppe, die Ausschöpfungsquoten von 18 bzw. 11 Prozent erreichen, ist dies ein sehr gutes Ergebnis, das angemessene Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit aller Bundestags-

abgeordneten erlaubt. Dafür spricht auch, dass die Stichprobe den gesamten Bundestag hinsichtlich der soziodemographischen Angaben sehr gut widerspiegelt.⁷

Hinsichtlich der Risikoeinstellungen der Bundestagsabgeordneten können wir feststellen, dass MdB – erwartungsgemäß – tendenziell risikofreudig sind. Es ist unwahrscheinlich, dass dies auf strategisch verzerrten Antworten der Abgeordneten beruht, da bezüglich Risikoeinstellungen keine wünschenswerten Normvorstellungen existieren. Um neben dem Durchschnitt der allgemeinen Bevölkerung einen weiteren Vergleichsmaßstab zu nutzen, geben wir zumeist auch die Werte für Selbständige an, die im SOEP gesondert ausgewiesen werden können, und, wie bereits deutlich gemacht, ähnlich wie Berufspolitikerinnen und -politiker über risikofreudigere Einstellungen verfügen sollten.

Wie Tabelle 1 zeigt, liegen die Durchschnittswerte für die 175 Abgeordneten, die valide Angaben gemacht haben, für die meisten Risiko-Kategorien um oder über dem Mittelpunkt der Skala, der bei 5 liegt. Die einzige Ausnahme bildet die Risikoeinstellung im Bereich der Geldanlagen. Hier weisen Bundestagsabgeordnete eher risikovermeidende Einstellungen auf. Damit stimmt überein, dass die große Mehrheit der befragten MdB eine Investition bei der hypothetischen Lotteriefraage ausschlägt (vgl. Tabelle 2). Die risikofreudigste Einstellung gaben die Abgeordneten für die Bereiche berufliche Karriere und politische Entscheidung sowie bei der allgemeinen Risikoeinstellung an. Die hohe Risikofreude im Beruf stützt also auch die These der beruflichen Selbstselektion, denn auch Selbständige weisen deutlich risikofreudigere Einstellungen auf als der Durchschnitt der Bevölkerung. Dies gilt sowohl gegenüber den wahlberechtigten Deutschen (mit einem Mittelwert für die allgemeine Risikoneigung von 3,8) wie für die nicht-wahlberechtigten in Deutschland lebenden ausländischen Wohnbürger (3,5).

⁷ Große Übereinstimmungen finden sich bei der Alters- und Geschlechterverteilung sowie dem Anteil der Mitglieder im Fraktionsvorstand. Kleinere Unterschiede zeigen sich bei der Dauer der Mitgliedschaft im Bundestag, der Bildung und dem Beruf, den die Abgeordneten vor der Aufnahme ihres Mandats ausgeübt haben. Die genauen Zahlen lassen sich Tabelle A-1 im Anhang entnehmen. Eine Erhebung bei politischen und administrativen Entscheidungsträgern, die etwa zeitgleich mit unserer Erhebung vom ISG-Institut im Auftrag einer Enquete-Kommission des Bundestages – also letztlich vom Bundestag selbst – durchgeführt wurde (zur Relevanz von Indikatoren „jenseits des BIP“ für politische Entscheidungsprozesse), brachte mit etwa 18 % eine deutlich niedrigere Ausschöpfungsquote (ISG 2011, S. 10f). Die Erhebung wurde vorwiegend mittels des Internet durchgeführt (E-mail-Fragebogen); die ausgefüllten Fragebögen konnten auch per Post an das ISG geschickt werden.

Tabelle 1: Risikoeinstellung von Bundestagsabgeordneten (2011) und im SOEP 2009

	Bundestag 2011	SOEP alle Befragte 2009	SOEP Selbständige 2009
Allgemeines Risiko			
Durchschnitt	6,4	3,7	4,5
Stand.Abb.	1,68	2,23	2,12
Anzahl	173	17.522	1.058
Autofahren			
Durchschnitt	4,4	3,0	3,7
Stand.Abb.	2,29	2,59	2,57
Anzahl	174	16.512	1.050
Geldanlagen			
Durchschnitt	3,6	1,9	2,7
Stand.Abb.	2,12	2,17	2,42
Anzahl	172	17.394	1.057
Sport und Freizeit			
Durchschnitt	5,0	3,2	3,8
Stand.Abb.	2,15	2,63	2,62
Anzahl	175	17.185	1.052
Berufliche Karriere			
Durchschnitt	6,5	3,2	4,9
Stand.Abb.	1,83	2,70	2,75
Anzahl	175	15.326	1.043
Gesundheit			
Durchschnitt	5,0	2,7	3,4
Stand.Abb.	2,30	2,46	2,55
Anzahl	172	17.519	1.056
Vertrauen in Fremde			
Durchschnitt	5,6	3,1	3,9
Stand.Abb.	2,08	2,38	2,46
Anzahl	170	17.530	1.056
Politische Entscheidung			
Durchschnitt	6,0		
Stand.Abb.	1,94		
Anzahl	172		

Dargestellt sind die Mittelwert und Standartabweichung für die selbsteingeschätzte Risikoeinstellung für das allgemeine Risiko und für das Risiko in den Bereichen Autofahren, finanzielle Angelegenheiten, Freizeit und Sport, Karriere, Gesundheit, Vertrauen in Fremde und politische Entscheidungen. Ausgewiesen sind die Werte für die befragten Bundestagsabgeordneten 2011, für alle SOEP Befragten im Erhebungsjahr 2009 und die Gruppe der SOEP Befragten im Erhebungsjahr 2009, die selbständig erwerbstätig sind.

Datenbasis: MdB-Befragung 2011, SOEP v27.

Tabelle 2: Antworthäufigkeiten bei Lotterievergleich

	Bundestag	SOEP alle Befragte	SOEP Selbständige
	2011	2009	2009
100,000 Euro	2	2	3
80,000 Euro	3	0	1
60,000 Euro	9	3	4
40,000 Euro	9	7	13
20,000 Euro	14	13	14
Keine Investition	62	76	65

Dargestellt sind die prozentualen Häufigkeiten der Antworten auf die Frage „Stellen Sie sich vor, dass Sie in einer Lotterie 100.000 Euro gewinnen. Unmittelbar nach dem Erhalt des Gewinns bekommen Sie von einer angesehenen Bank ein Angebot für eine Geldanlage, die folgendes beinhaltet: Es gibt eine Chance, das Geld innerhalb von zwei Jahren zu verdoppeln. Es gibt aber auch ein gleich hohes Risiko, die Hälfte des eingesetzten Geldes zu verlieren. Sie können das Geld ganz oder teilweise in folgender Weise anlegen oder das Angebot ablehnen. Welchen Teil des Lotteriegewinnes würden Sie für eine einerseits riskante, aber gewinnversprechende Geldanlage einsetzen?“. Abgebildet sind die Spaltenprozent.

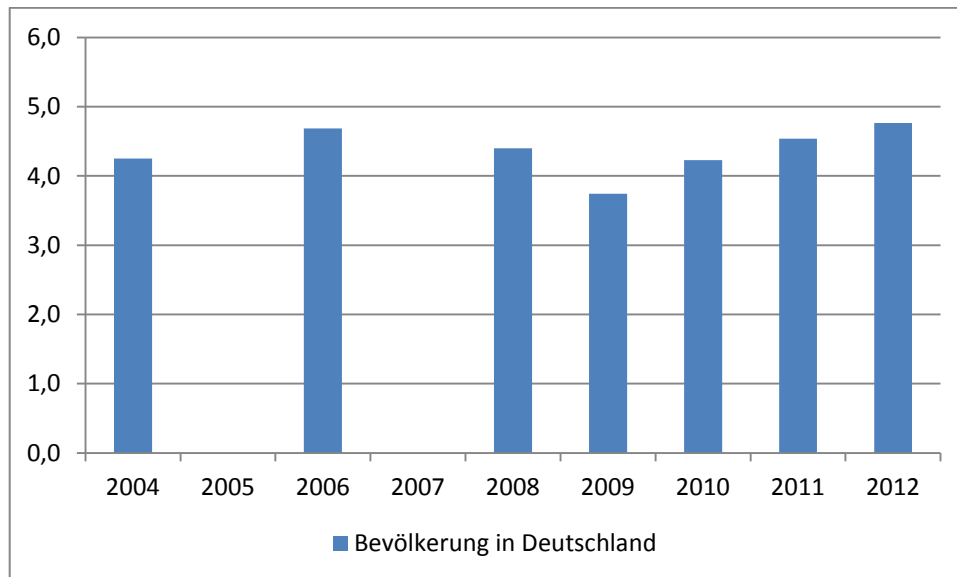
Datenbasis: MdB-Befragung 2011, SOEP v27.

Angemerkt sei, dass das Jahr 2009 im SOEP ausgewählt wurde, weil nur dann die Risikoeinstellungen in verschiedenen Lebensbereichen erfragt wurden. Freilich war auf dem Höhepunkt der Finanzkrise die allgemeine Risikoneigung ungewöhnlich niedrig (vgl. Abbildung 1). Aber selbst im Jahr 2012, in dem als Durchschnitt für die Gesamtbevölkerung der Wert 4,76 von den Befragten angegeben wurde (ähnlich hoch wie 2006), war der Abstand zu dem Wert 6,36 der MdB außerordentlich deutlich und statistisch hochsignifikant.

Nach diesen Ergebnissen kann man mit großer Sicherheit davon ausgehen, dass Bundestagsabgeordnete weit überdurchschnittlich risikofreudig sind. Wenn man z.B. annimmt, dass die Abgeordneten insgesamt so risikofreudig sind wie der Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung im Jahr 2012 und selbst nur die überdurchschnittlich risikofreudigen an der Befragung teilgenommen hätten, dann müssten die 445 Abgeordneten, für die keine Angaben vorliegen, extrem risikoavers sein; mit einem Durchschnittswert auf der 11er-Skala von 4.1, was deutlich unterhalb des Bevölkerungsschnitts liegt. Dies wäre ein völlig unplausibles Ergebnis; deutlich plausibler ist vielmehr die Annahme (gestützt durch die

Verteilungen der demographischen Angaben), dass die Erhebung der Abgeordneten nicht verzerrt ist.⁸

Abbildung 1: Durchschnittliche allgemeine Risikoneigung in Deutschland



Die Differenzen zwischen der allgemeinen Risikoneigung der Gesamtbevölkerung und der allgemeinen Risikoneigung in der Stichprobe der MdB (2011) sind für alle Vergleiche auf dem 99%-Niveau hochsignifikant.

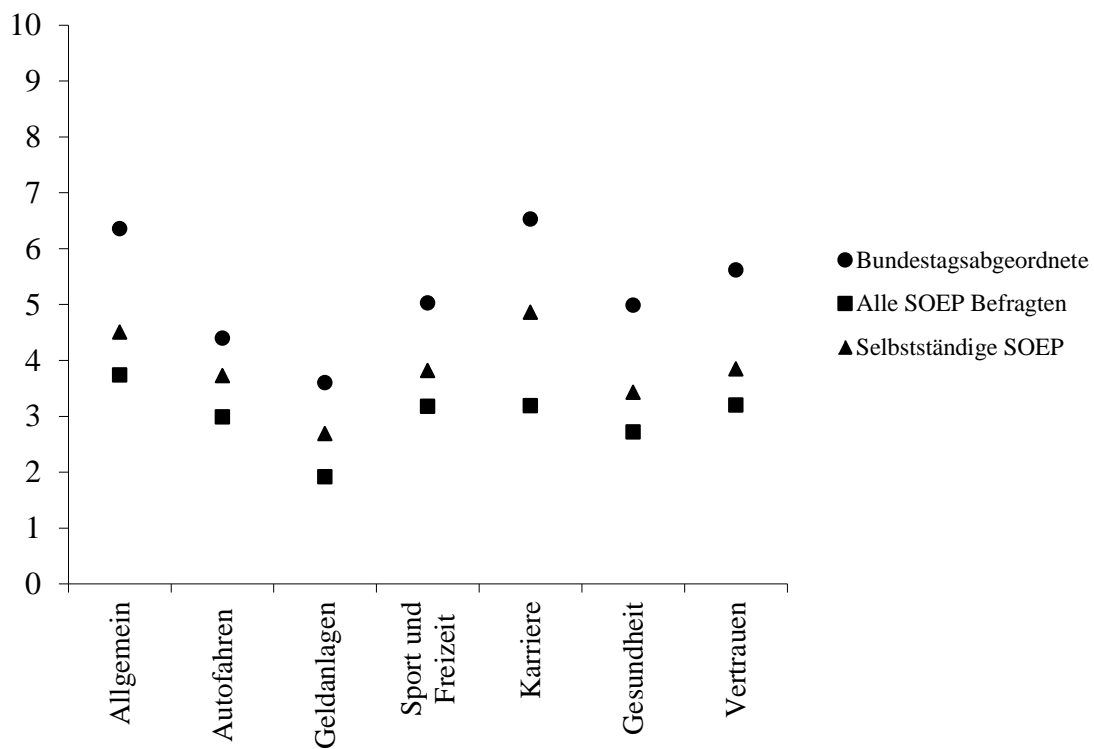
Datenbasis: SOEP v29 (Wert für 2012 vorläufig).

Wie sehen nun die Risikoeinstellungen der Bundestagsabgeordneten im Vergleich zu denen der SOEP Befragten aus? Um hier ein genaueres Bild zu geben, wurden die SOEP Befragten in Selbständige und Nichtselbständige unterschieden und für die Selbständigen eigene Ergebnisse ausgewiesen. Dieser gesonderte Vergleich der Bundestagsabgeordneten mit den Selbständigen wurde hinzugefügt, um einen Vergleich mit der Gruppe der SOEP Befragten zu ermöglichen, die den Bundestagsabgeordneten hinsichtlich der beruflichen

⁸ Dem liegt diese einfache Modell-Rechnung zugrunde: die Summe der Risikofreude aller Bundestagsabgeordneten würde $620 \times 4,76 = 2951,2$ betragen, wenn alle Abgeordneten im Durchschnitt so risikofreudig wären wie 2012 die erwachsene Bevölkerung insgesamt ($=4,76$). Da für 175 Abgeordnete das Risikogewicht aber ausweislich der Ergebnis 1113 beträgt ($175 \times 6,36$), bleibt ein Rest-Gewicht von 1838,24, das sich auf 445 nicht an der Erhebung teilgenommen Abgeordneten verteilt und eine durchschnittliche Risikoneigung von 4.13 ergibt ($1838,24 / 445$).

Situation am ähnlichsten sind. Beide müssen mit der beruflichen Unsicherheit leben, was nach dem nächsten Auftrag beziehungsweise der nächsten Wahlperiode kommt und daher sollten sich die beiden Gruppen, folgt man dem Konzept der beruflichen Selbstselektion, hinsichtlich der Risikoeinstellungen am ähnlichsten sein. Tabelle 1 und Tabelle 2 zeigen ein eindeutiges Bild. Die Bundestagsabgeordneten haben die risikofreudigsten Einstellungen, darauf folgen die Selbständigen und am wenigsten zum Risiko tendieren die Befragten insgesamt des SOEP. Illustriert wird dies in Abbildung 2.

Abbildung 2: Risikoeinstellung im Bundestag und im SOEP



Die Abbildung zeigt die Mittelwerte der selbsteingeschätzten Risikoeinstellungen für allgemeine Risiken und für das Risiko in den Bereichen Autofahren, finanzielle Geldanlagen, Freizeit und Sport, Karriere, Gesundheit und Vertrauen in fremden Menschen für Bundestagsabgeordnete, alle SOEP Befragten und SOEP Befragte, die selbständig erwerbstätig sind.

Datenbasis: MdB-Befragung 2011, SOEP v27.

Abbildung 2 zeigt zudem, dass die Differenzen in den Risikoeinstellungen zwischen allen SOEP Befragten und den Selbständigen über alle Risikodomänen hinweg recht gleich sind.

Die Risikoeinstellungen der Bundestagsabgeordneten weisen hingegen eine größere Streuung auf.

Am wenigsten unterscheiden sich die Risikoeinstellungen der drei Gruppen im Bereich Autofahren, am deutlichsten fallen sie im Bereich der beruflichen Karriere aus. Hier ist auch die Differenz zwischen allen SOEP Befragten und den Selbständigen am größten; was als weiteres Indiz für berufliche Selbstselektion gewertet werden kann. Sowohl Selbständige als auch Politiker suchen im Vergleich zur restlichen Bevölkerung im Beruf mehr Risiko, wobei dies für Politiker noch mehr gilt als für Selbständige.

Diese deskriptiven Analysen erlauben zunächst nur erste Tendenzen hinsichtlich der Prüfung unserer Hypothese abzuleiten. Für eine verlässlichere Prüfung ist es notwendig für Drittvariablen, welche die Risikoeinstellung beeinflussen, wie beispielsweise das Geschlecht und das Lebensalter, statistisch zu kontrollieren. Aus diesem Grund haben wir eine Reihe von Regressionsanalysen durchgeführt, in denen wir die Risikoeinstellung in unterschiedlichen Bereichen als abhängige Variable berücksichtigt haben. Unabhängige Variable ist die Mitgliedschaft im Bundestag. Als Kontrollvariablen berücksichtigen wir Alter, Geschlecht, Bildung und allgemeines Vertrauen. In den Regressionsanalysen konzentrieren wir uns lediglich auf Bundestagsabgeordnete und SOEP Befragte, die selbständig erwerbstätig sind. Diese Einschränkung der Vergleichsgruppe haben wir gewählt, da Selbständige den Bundestagsabgeordneten hinsichtlich der Risikoeinstellung bzw. des beruflichen Risikos am ähnlichsten sind und unterschiedliche Ergebnisse deswegen besonders aussagekräftig sind.

Die statistisch signifikanten positiven Koeffizienten für die Variable „Bundestagsabgeordneter“ in den Regressionsanalysen in Tabelle 3 zeigen, dass die Bundestagsabgeordneten 2011 in allen Bereichen signifikant risikofreudigere Einstellungen aufweisen als die SOEP Befragten 2009, die selbständig erwerbstätig sind. Und diese Risikofreude ist nicht mit Unterschieden im Geschlecht, Alter, Bildung und Vertrauen zwischen Abgeordneten und Selbständigen zu erklären.⁹ Besonders starke Effekte zeigen sich bei der allgemeine Risikoeinstellung und der Risikoeinstellung im Bereich der beruflichen

⁹ Wir haben zudem separate Regressionsanalysen mit MdB und allen SOEP Befragten durchgeführt, die noch deutlichere Unterschiede zeigen, hier aber nicht gesondert berichtet werden. Diesem Entschluss liegt die Überlegung zu Grunde, dass, sofern zwischen MdB und Selbständigen (die im SOEP die risikofreudigsten Einstellungen aufweisen) signifikante Unterschiede bestehen, dies als Evidenz für einen Zusammenhang zwischen dem Beruf des Politikers und der Risikoeinstellung gewertet werden kann.

Karriere. Insgesamt bestätigen die Regressionsanalysen also das Bild der deskriptiven Analysen. Auch die Kontrollvariablen zeigen die erwarteten Zusammenhänge. Ältere Menschen und Frauen sind deutlich weniger risikofreudig als Jüngere und Männer. Hohes Vertrauen und hohe Bildung zeigen positive Zusammenhänge mit der Risikofreude.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Ergebnisse unsere Hypothese, dass Politikerinnen und Politiker risikofreudiger sind als Nichtpolitikerinnen und -politiker, eindeutig stützen.

Tabelle 3: Regressionen der Risikoeinstellungen für die Bundestagsabgeordneten und Selbständige des SOEP

	Allgemein	Autofahren	Geldanlagen	Freizeit und Sport	Berufliche Karriere	Gesundheit	Vertrauen in Fremde
Bundestagsabgeordneter	1,782*** [0,193]	0,805*** [0,230]	0,805*** [0,212]	1,249*** [0,228]	1,673*** [0,233]	1,712*** [0,231]	1,154*** [0,215]
Alter (in Jahren)	-0,007 [0,006]	-0,043*** [0,007]	-0,025*** [0,007]	-0,047*** [0,007]	-0,044*** [0,008]	-0,019** [0,007]	-0,006 [0,007]
Frau ¹	-0,460** [0,146]	-0,751*** [0,175]	-0,898*** [0,160]	-0,394** [0,173]	-0,415** [0,177]	-0,345** [0,174]	-0,015 [0,162]
Fragen nach Vertrauen							
Vertrauen allgemein	-0,359** [0,115]	0,022 [0,138]	-0,131 [0,125]	-0,181 [0,135]	-0,419** [0,139]	-0,005 [0,136]	-0,818*** [0,127]
Niemanden mehr verlassen	-0,110 [0,103]	0,054 [0,123]	-0,129 [0,113]	0,129 [0,121]	-0,268** [0,125]	-0,121 [0,122]	0,108 [0,114]
Vorsicht bei Fremden	0,100 [0,091]	0,146 [0,109]	0,108 [0,100]	0,031 [0,108]	0,082 [0,111]	0,066 [0,109]	0,348** [0,102]
Bildung²							
Hauptschule	-0,964 [1,257]	-0,181 [1,495]	0,132 [1,374]	1,216 [1,484]	-1,329 [1,523]	-0,010 [1,492]	-1,742 [1,392]
Realschule	-1,049 [1,212]	0,123 [1,439]	0,323 [1,323]	1,578 [1,429]	-1,645 [1,466]	0,001 [1,436]	-1,692 [1,341]
Abitur	-0,711 [1,216]	-0,114 [1,444]	0,353 [1,328]	1,962 [1,434]	-1,645 [1,471]	0,211 [1,441]	-1,311 [1,345]
Hochschulabschluss	-1,213 [1,212]	-0,114 [1,440]	0,717 [1,325]	1,903 [1,430]	-1,600 [1,467]	-0,068 [1,437]	1,223 [1,341]
Konstante	7,067 [1,311]	6,310 [1,561]	4,209 [1,433]	4,330 [1,547]	10,394 [0,449]	4,600 [1,555]	6,489 [1,452]
Anzahl	992	988	990	990	991	989	988
R ²	0,11	0,05	0,06	0,09	0,10	0,06	0,16

Dargestellt sind die Ergebnisse lineare Regressionen mit den Risikoeinstellungen in verschiedenen Bereichen als abhängigen Variablen. Abgebildet sind nichtstandardisierte Koeffizienten und in Klammern die Standardabweichungen. Referenzgruppen: ¹Mann; ²Kein Schulabschluss. Signifikanzlevel: ***<0,001; **<0,05; *<0,1.

Datenbasis: MdB-Befragung 2011, SOEP v27 (2009).

4 Diskussion

Ziel des vorliegenden Beitrags war es zu prüfen, ob sich Berufspolitikerinnen und -politiker in ihren Risikoeinstellungen systematisch von der allgemeinen Bevölkerung unterscheiden. Da die allgemeine Risikoneigung eine wesentliche Determinante des Entscheidungsverhaltens ist und die Entscheidungen politischer Akteure maßgeblich für weite Bereiche einer Gesellschaft sind, kann die Kenntnis dieser Risikoeinstellungen zum besseren Verständnis und der Beurteilung politischen Handelns und des politischen Systems insgesamt beitragen. Angesichts der existierenden Literatur haben wir vermutet, dass Berufspolitikerinnen und -politiker aufgrund von Selbstselektionsmechanismen und Machtressourcen über risikofreudigere Einstellungen verfügen sollten als der Bevölkerungsdurchschnitt.

Um mögliche Unterschiede zu identifizieren, haben wir zunächst die Risikoeinstellungen von Mitgliedern des 17. Deutschen Bundestags in einer schriftlichen Befragung im Winter 2011 mit unterschiedlichen Indikatoren erhoben. Von den insgesamt 620 angeschriebenen Abgeordneten haben 175 MdB unsere Fragen beantwortet, was einer Rücklaufquote von fast 30 Prozent entspricht und angemessene Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit aller Bundestagsabgeordneten erlaubt; zumal die soziodemographische Zusammensetzung dieses Samples weitgehend mit der aller MdB übereinstimmt.

Um die Risikoeinstellungen der Abgeordneten in Relation zur allgemeinen Bevölkerung setzen zu können, haben wir sie mit Daten zur Risikoeinstellung der Befragten des Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) aus dem Erhebungsjahr 2009, für das differenzierte Angaben zur Risikobereitschaft in verschiedenen Lebensbereichen vorliegen, verglichen; also einer für die Bundesrepublik Deutschland repräsentativen Haushaltsbefragung. Um diesen Vergleich zu ermöglichen, haben wir in der Abgeordnetenbefragung weitgehend zum SOEP identische Indikatoren verwendet. Als besondere Vergleichsgruppe innerhalb der im SOEP befragten Personen wurden Selbständige herangezogen, da diese deutlich risikofreudigere Einstellungen aufweisen als der Durchschnitt der Bevölkerung und bekanntermaßen eine überdurchschnittlich risikofreudige Berufsgruppe darstellen.

Unsere Ergebnisse zeichnen ein überaus klares Bild: Abgeordnete des Deutschen Bundestags weisen für die allgemeine Risikoeinstellung und über nahezu alle Indika-

toren und Risikodomänen hinweg signifikant risikofreudigere Einstellungen auf als die Vergleichsgruppe aller Befragten und der Selbständigen im SOEP. Dies gilt insbesondere für die Einstellungen im Bereich der beruflichen Karriere. Wobei anzumerken ist, dass der Unterschied zwischen Abgeordneten und der Bevölkerung bezüglich den Risikoeinstellungen in verschiedenen Lebensbereichen wahrscheinlich etwas überzeichnet wird, da 2009 (für das die differenzierten SOEP-Ergebnisse vorliegen) – vermutlich infolge der Finanzmarktkrise – eine überdurchschnittliche allgemeine Risikoscheu angegeben wurde. Dies könnte auch zu erhöhten Angaben für die differenzierten Lebensbereiche gegolten haben. Der Unterschied zwischen der Bevölkerung und den Abgeordneten ist jedoch für die allgemeine Risikoneigung so groß und ausgeprägt, dass er auch im Vergleich zu den Jahren vor und nach 2009, in denen eine geringere Risikoscheu angegeben wurde, deutlich und statistisch signifikant ist. Insofern sollten auch die Differenzen für die einzelnen Risikodimensionen ausagekräftig sein.

Die eingangs gestellte Frage, ob Politikerinnen und Politiker „anders“ entscheiden als Nichtpolitikerinnen und Nichtpolitiker, kann auf Basis der Antworten zu allgemeinen Risikoneigung mit einem klaren „ja“ beantwortet werden. Wir können davon ausgehen, dass Berufspolitikerinnen und -politiker in vielen Risikodomänen deutlich häufiger als Nichtpolitikerinnen und Nichtpolitiker zu riskanteren Entscheidungsoptionen neigen.

Was kann die überdurchschnittlich risikofreudige Einstellung von Politikerinnen und Politikern für das politische System und die Gesellschaft insgesamt bedeuten? (vgl. auch Weber 2013). Eine pessimistische Sichtweise wäre, dass die große Mehrheit der Bevölkerung in politisch riskanten Entscheidungssituationen risikoscheuer gehandelt hätte als Berufspolitikerinnen und -politiker, und die Berufspolitikerinnen und -politiker folglich nicht die Entscheidungsprinzipien der allgemeinen Bevölkerung repräsentieren. D.h. dass Politikerinnen und Politiker bei wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen unnötige Risiken in Kauf nehmen, deren möglichen negativen Folgen dann die gesamte Gesellschaft zu tragen hat.

Freilich liegt eine optimistische Sichtweise näher. Eine positive Beurteilung der gefundenen Risikoeinstellungen beruht auf der Einsicht, dass es die Politik oft mit unübersichtlichen und schwer zu entscheidenden Situationen zu tun hat. Politik ist geradezu durch Unübersichtlichkeit und „knifflige“ Probleme definiert. Insofern ist

eine überdurchschnittlich risikofreudige Einstellung von Berufspolitikerinnen und -politikern gesellschaftlich nützlich, da andernfalls wichtige Entscheidungen angesichts ständig vorhandener und kaum überschaubarer Risiken überhaupt nicht mehr getroffen würden (Wagner 2012). Stagnation und gesellschaftlicher Stillstand wären die Folge. Diese Perspektive lässt sich auch mit evolutionstheoretischen Argumenten untermauern, denen zufolge die Risikofreude politischer Eliten Gemeinwohl fördernd ist und sich deswegen in Bevölkerungen durchgesetzt hat (McDermott et al., 2008). Ob jedoch in einer konkreten Gesellschaft das Gemeinwohl tatsächlich gefördert wird hängt jedoch entscheidend von den jeweiligen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen ab. Mit anderen Worten:

Wenn Berufspolitikerinnen und -politiker überdurchschnittlich risikofreudig sind, dann bedarf es gesellschaftlicher Vorkehrungen, dass sie nicht leichtfertig unbeherrschbare Gefahren eingehen. Genau an dieser Stelle sind demokratisch legitimierte sowie rechtsstaatlich verfasste Gesellschaften und politischen Systeme äußerst wertvoll. Demokratien begrenzen Macht und die individuelle Risikofreude von Berufspolitikerinnen und -politikern wird so zu nur einem Aspekt der komplexen politischen Entscheidungsfindung.

Die strukturellen Besonderheiten demokratischer politischer Systeme, d.h. die unseres Erachtens zu Unrecht vielbeklagte Tatsache, dass wichtige politische Entscheidungen in der Regel kollektiv getroffen und von ausführlichen Diskussionen in Ausschüssen sowie Lesungen im Bundestag flankiert werden, schmälert den Einfluss der individuellen Risikoneigung. Die Mitglieder der Opposition mögen individuell ebenso risikofreudig sein wie die Mitglieder der Regierung und die sie tragenden Parteien, aber die Oppositionsrolle stellt strukturell sicher, dass auf Risiken und Gefahren öffentlich hingewiesen wird. Insofern ist die Kombination eines auf Diskussion, Streit und kollektive Aushandlung fokussierten demokratischen Politiksystems, das Macht wirksam begrenzt, zusammen mit risikofreudigen Einstellungen individueller politischer Akteure eine äußerst sinnvolle Struktur.

Literatur

- Anderson, C. und Galinsky, A. (2006): Power, optimism, and risk-taking. In: *European Journal of Social Psychology* 36(4), S. 511–536.
- Babia, P., Neumann, C.S. und Hare, R.D. (2010): Corporate psychopathy: talking the walk. In: *Behavioral Sciences and the Law*, 28, S. 174-193.
- Baur, N. und Florian, M. (2009): Stichprobenprobleme bei Online-Umfragen. In: Jakob, N.; Schoen, H. und Zerback, T. (Hrsg): *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*. Wiesbaden: VS Verlag, S.109-128.
- Blais, A.-R., und Weber, E. U. (2006): A Domain-Specific Risk-Taking (DOSPERT) scale for adult populations. In: *Judgment and Decision Making*, 1, S. 33-47.
- Bonin, H.; Dohmen, D.; Falk, A.; Huffman, D. und Sunde, U. (2007): Cross sectional earning risk and occupational sorting: The role of risk attitudes. In: *Labour Economics* 14, S.926-937.
- Borchert, J. und Golsch, L. (2003): Germany: From „Guilds of Notables“ to Political Class. In: Borchert, J. und Zeiss, J. (Hrsg): *The Political Class in Advanced Democracies*. Oxford: Oxford University Press. S. 142-164.
- Brandl, J. und Klinger, S. (2006): Probleme eines Feldzugangs zu Eliten. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 31(1), S.44-65.
- Bruns, W. (2004): *Die Heidelberger Elitenstudie*. Universität Heidelberg. Download am 30.12.2012 von http://www.soz.uni-heidelberg.de/assets/soz_download_504.pdf
- Bußhoff, H. (2003): *Die Zeitlichkeit der Politik*. Berlin: Dunker und Humbolt.
- Bürklin, W.; Kaina, V.; Machatzke, J.; Rebenstorf, H.; Sauer, M.; Schnapp, K.U. und Welzel, C. (1997): *Eliten in Deutschland - Rekrutierung und Integration*. Opladen: Leske+Budrich.
- Chauvin, B.; Hermand, D und Mullet, E. (2007): Risk Perception and Personality Facets. In: *Risk Analysis* 27(1), S. 171-185.
- Colquitt, J.; Scott, Brent A. und LePine, J. (2007): Trust, trustworthiness, and trust propensity: A meta-analytic test of their unique relationships with risk taking and job performance. In: *Journal of Applied Psychology* 92(4), S. 909-927.
- Czerwick, E. (2011): *Politik als System. Eine Einführung in die Systemtheorie der Politik*. München: Oldenbourg Verlag.
- Demant, B.(2009): Einkommen und Ausgaben privater Haushalte. In: Priller, E. und Sommerfeld, J. (Hrsg): *Spenden in Deutschland*. Berlin: Literatur Verlag. S. 83-93.
- Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (2011): *Spenden-Almanach*. Berlin: DZI-Verlag.
- Dillman, D. (2007): *Mail and Internet Survey. The Tailored Design Method*. New York: John Wiley and Sons Inc.
- Dohmen, T; Falk, A.; Huffmann, D.; Sunde, U.; Schupp, J. und Wagner, G. (2011): Individual Risk Attitudes. Measurement, Determinates and Behavioral Consequences. In: *Journal of the European Economic Association* 9(3), S. 522-550.
- Dohmen, T; Falk, A.; Huffmann, D.; Sunde, U.; Schupp, J. und Wagner, G. (2005): Individual Risk Attitudes: New Evidence from a Large, Representative, Experimentally-Validated Survey. *DIW Discussion Papers No. 511*.
- Edinger, M. und Patzelt, W. (2011): *Politik als Beruf. Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwesen.
- Esposito, E. (2007): *Die Fiktion der wahrscheinlichen Realität*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Faas, T. Holler, S. und Wolsing, A. (2009): Wenig Aufwand, viel Ertrag? Erfahrungen aus acht Online-Befragungen von Direktkandidaten bei Landtagswahlen. In: Jakob, N.; Schoen, H. und Zerback, T. (Hrsg): *Sozialforschung im Internet. Methodologie und Praxis der Online-Befragung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwesen. S. 339-355.

- Feldkamp, M. (2010): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1990 bis 2010*. Berlin: Nomos.
- Fox, R.; Crask, M. und Kim, J. (1988): Mail Survey Response Rate: a Meta-Analysis of selected Techniques for inducing Response. In: *Public Opinion Quarterly* 52(4), S. 467-491.
- Glenn, A.L., Kurzban, R. und Raine, A. (2011): Evolutionary theory and psychopathy. In: *Aggression and Violent Behavior*, 16(5), S. 371-380.
- Halek, M. und Eisenhauer, J. (2001): Demography Of Risk Aversion. In: *Journal of Risk and Insurance* 68(1), S. 1-24.
- Hartog, J.; Ferrer-i-Carbonell, A. und Jonker, N. (2002): Linking Measured Risk Aversion to Individual Characteristics. In: *Kyklos* 55, S. 3-26.
- Heineck, G. und Süßmuth, B. (2011): Wie nachhaltig prägen uns politische Systeme? Evidenzen aus der zweiten Dekade des Wiedervereinigungsprozesses. *Aktuelle Forschungsergebnisse des 2. IFO Dresden*, S. 23-26.
- Imbusch, P. (2003): Konjunkturen, Problem und Desiderate sozialwissenschaftlicher Elitenforschung. In: Hradil, S. und Imbusch, P. (Hrsg.): *Oberschichten – Eliten – Herrschende Klassen*. Leske + Budrich, Opladen. S. 11-34.
- ISG (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH) (2011), „Studie zur Wahrnehmung und Berücksichtigung von Wachstums- und Wohlstandsindikatoren“ im Auftrag der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages (Kommissionsmaterialien M-17(26)11), Berlin
- Jepson, C.; Asch, D.; Hershey, J. und Ubel, P. (2005): In a mailed physician survey, questionnaire length had a threshold effect on response rate. In: *Journal of Clinical Epidemiology* 58(1), S. 103-105.
- Jobber, D.; Saunders, J. und Vince-Wayne, M. (2004): Prepaid Monetary Incentives Effects on Mail Survey Response. In: *Journal of Business Research* 57, S.21-25.
- Jonah, B. und Dawson, N. (1987): Youth and risk: Age differences in risky driving, risk perception, and risk utility. In: *Alcohol, Drugs & Driving* 3(3), S. 13-29.
- Kam, Cindy D. (2012): Risk Attitudes and Political Participation. *American Journal of Political Science* 56(4):817-836.
- Känel, R. (2008): Das Burnoutsyndrom: eine medizinische Perspektive. In: *Praxis* 97(9), S.477-487.
- Kaplowitz, M.; Hadlock, T. und Levine, R. (2004): A Comparison of Web and Mail Survey Response Rates. In: *Public Opinion Quarterly* 68(1), S. 94-101.
- Klein, S. und Prost, R. (2000): Mail Surveys. Ein Literaturbericht. In: *Zuma-Technischer Bericht 10*.
- Knight, F.H. (1921): *Risk, Uncertainty and Profit*. Boston: Hart, Schaffner & Marx.
- Korte, K. (2009): Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. In: Lauth, H. und Zimmerling, R. (Hrsg): *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Paderborn: Schöningh Verlag. S. 63-97.
- Köhler, K. (2010): *Gerechtigkeit als Gleichheit? Eine empirische Analyse der objektiven und subjektiven Responsivität von Bundestagsabgeordneten*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krahn, J.P., Rieck, C. und Theissen, E. (1997a): Interfering risk attitudes from certainty equivalents: Some lessons from an experimental study. In: *Journal of Economic Psychology* 18, S. 569-486.
- Krahn, J.P., Rieck, C. und Theissen, E. (1997b): Messung individueller Risikoeinstellungen. *Working Paper 3 des Center for Financial Studies*.
- Kürschner, I. und Siri, J. (2011): *Politik mit „Kind und Kegel“*. Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei Bundestagsabgeordneten. München: Hans-Seidel-Stiftung.

- Linn, S. und Schreiner, H.: *So arbeitet der Deutsche Bundestag. Organisation und Arbeitsweise, die Gesetzgebung des Bundes (16. Wahlperiode)*. 22. Auflage, Rheinbreitbach: Neue Darmstädter Verlagsanstalt.
- Mayer, R.; Davis, J. und Schoorman, D. (1995): An Integrative Model of Organizational Trust. In: *The Academy of Management Review* 20(3), S. 709-734.
- McDermott, R., Fowler, J. H. und Smirnov, O. (2008): On the Evolutionary Origin of Prospect Theory Preferences. In: *The Journal of Politics*, 70 (2), S. 335–50.
- Mögel, N. (2008): Quereinsteiger in Deutschland. Wie kommen Fachleute in die Politik. In: *Public Affairs Manager* 4.
- Naef, M. und Schupp, J. (2009): Measuring Trust: Experiments and Surveys in Contrast and Combination. *SOEPpapers* 167.
- Newell, B.R., Lagnado, D.A., Shanks, D.R. (2007). *Straight Choices: The Psychology of Decision Making*. Hove: Psychology Press.
- Patzelt, W. (2007): *Einführung in die Politikwissenschaft*. Passau: Rothe Verlag.
- Priller, E. und Sommerfeld, J. (2009): Spenden und ihre Erfassung in Deutschland: Vergangenheit – Gegenwart und Zukunft. In: Priller, E. und Sommerfeld, J. (Hrsg.): *Spenden in Deutschland*. Berlin: Literatur Verlag.
- Prost, R. (2009): *Fragebogen. Ein Arbeitsbuch*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prost, R. (2001): Wie man Rücklaufquoten bei postalischen Befragungen erhöht. *ZUMA How-to-Reihe* 9.
- Rattinger, H. (2009): *Einführung in die Politische Soziologie*. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag.
- Rohe, K. (1994): *Politik - Begriffe und Wirklichkeiten*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rohrmann, B. und Renn, O. (2000): Risk perception research: An introduction. In: Rohrmann, B. und Renn, O. (Hrsg.): *Cross-cultural risk perception: A survey of empirical studies*. Bosten: Kluwer Academic Publishers. S. 13-53
- Rosen, A.; Tsai, J. und Downs, S. (2003): Variations in Risk Attitude across Race, Gender, and Education. In: *Medical Decision Making* 23, S. 511- 517.
- Schluchter, W. (2009): Was heißt politische Führung? Max Weber über Politik als Beruf. In: *Zeitschrift für Politikberatung* 2(2), S.230-250.
- Schäfers, B. (2003): Eliten. In: Schäfers, B. (Hrsg.): *Grundbegriffe der Soziologie*. Oplanden: Leske und Budrich. S. 66-67.
- Schupp, J. und Wagner, G.G. (2010): Ein Vierteljahrhundert Sozio-oekonomisches Panel (SOEP): Die Bedeutung der Verhaltenswissenschaften für eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Längsschnittstudie. In: Mayer, B. und Kornadt, H.-J. (Hrsg.); *Soziokulturelle und interdisziplinäre Perspektiven der Psychologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 239-272.
- Shih, T. und Fan, X. (2008): Comparing Response Rates from Web and Mail Surveys: A Meta-Analysis. In: *Field Methods* 20, S. 249-271.
- Siegrist, M.; Cvetkovich, G. und Roth, C. (2002): Salient Value Similarity, Social Trust, and Risk/Benefit Perception. In: *Risk Analysis*, 20(3), S. 353-352.
- Slovic, P.; Peters, E.; Finucane, M. und MacGregor, D. (2005): Affect, Risk, and Decision Making. In: *Health Psychology* 24(4), S.35-40.
- Van Praag, C. und Cramer, J. (2001): The Roots of Entrepreneurship and Labour Demand: Individual Ability and Low Risk Aversion. In: *Economica* 68(269), S.45-62.
- Wagner, G. (2012): Wie entscheiden Politiker. In: *Spektrum der Wissenschaft* (Sonderheft 1/12: Wie entscheiden wir? Im Widerstreit von Vernunft und Bauchgefühl), S. 74-79.
- Wagner, G.G.; Frick, J.R. und Schupp, J. (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) - Scope, Evolution and Enhancement. *Schmollers Jahrbuch*, 127(1), 139-169.

- Weber, C. (2013): Der ganz normale Wahnsinn. Womöglich arbeiten in den Chefetagen von Politik und Wirtschaft mehr Psychopathen als anderswo - Sollte uns das beunruhigen oder ist das sogar nützlich? In: *Süddeutsche Zeitung* 34, S. 20.
- Weinberg, A. und Cooper, C. (2003): Stress among national politicians elected to Parliament for the first time. In: *Stress and Health* 19(2), S. 111-117.
- Wiedemann, P. und Mertens, J. (2005): Sozialpsychologische Risikoforschung. In: *Technikfolgeabschätzung – Theorie und Praxis* 3(14), S. 38-45.

Anhang 1: Das Anschreiben



«PlatzhalterGeschlecht»
«PlatzhalterVorname» «PlatzhalterName», MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
10557 Berlin

Moritz Heß
Freie Universität Berlin
Böcklerstraße 12
10969 Berlin
Tel. +49 176 63176750
E-Mail: mohess@zedat.fu-berlin.de

Prof. Dr. Christian von Scheve
Freie Universität Berlin
Habelschwerdter Allee 45
14195 Berlin
Tel. +49 30 838-57695
Fax +49 30 838-52887
E-Mail: scheve@zedat.fu-berlin.de
Web: www.loe.fu-berlin.de

Prof. Dr. Jürgen Schupp
Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung
Mohrenstr. 58
10117 Berlin
Tel. +49 30 89789-238
Fax: +49 30 89789-9238
E-Mail: jschupp@diw.de
Web: www.diw.de

Berlin, 13.12.2011

Anschreiben zum Fragebogen "Entscheidungsstrategien von Personen in wichtigen Positionen der Politik"

Sehr «PlatzhalterGeehrte(r)» «PlatzhalterGeschlecht» «PlatzhalterName»,

wie in meiner Email vom 12.12.2011 angekündigt, darf ich Ihnen heute die Unterlagen zu der von mir durchgeführten Studie zum Thema "Entscheidungsstrategien von Personen in wichtigen Positionen der Politik" übersenden. Die Befragung ist Bestandteil meiner Masterarbeit im Fach Soziologie an der Freien Universität Berlin und soll zu einem besseren Verständnis der Entscheidungsstrategien von Menschen in wichtigen politischen Positionen beitragen. Ihre Teilnahme ist selbstverständlich freiwillig, aber nur wenn möglichst alle angeschriebenen Personen mitmachen, kann ein verallgemeinerbares und unverzerrtes Bild dieser Entscheidungsstrategien wissenschaftlich ermittelt werden.

Unterstützt werde ich bei meiner Masterarbeit durch Herrn Prof. Dr. Jürgen Schupp (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, DIW Berlin, und Freie Universität Berlin) sowie durch Herrn Prof. Dr. Christian von Scheve (Exzellenzcluster „Languages of Emotion“, Freie Universität Berlin).

Den Unterlagen ist ein anonymisierter Rückumschlag beigelegt, den sie verwenden sollten, um den ausgefüllten Fragebogen an mich zurück zu senden. Dadurch kann ich die völlige Anonymität ihrer Angaben sicherstellen.

Zum Dank für Ihre Bereitschaft, mich bei meiner Masterarbeit zu unterstützen, **spende ich für jeden zurückgesendeten Fragebogen 5,00 Euro an die Deutsche Kinderkrebsstiftung** „Deutsche Leukämie-Forschungshilfe – Aktion für krebskranke Kinder e.V.“, die Trägerin des Spendensiegels des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DIZ) ist.

Ich hoffe, dass ich bei Ihnen Interesse für die Teilnahme an meiner Studie geweckt habe und danke Ihnen bereits im Voraus für Ihre Beteiligung. Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne auch noch persönlich zur Verfügung. Sie erreichen mich telefonisch unter 0176 – 63176750 oder per Email (mohess@zedat.fu-berlin.de). Auf Wunsch lasse ich Ihnen auch gerne die Ergebnisse meiner Studie zukommen.

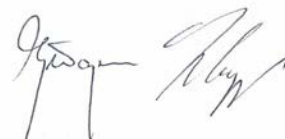
Mit freundlichen Grüßen

Moritz Heß

Wir unterstützen diese Anfrage und die Masterarbeit von Moritz Heß und danken Ihnen für Ihre Mitwirkung und Ihr Vertrauen.



Prof. Dr. Christian von Scheve



Prof. Dr. Jürgen Schupp

Fragebogen für die Masterarbeit "Entscheidungsstrategien von Personen in wichtigen Positionen der Politik"

Bitte füllen Sie den Fragebogen aus, indem Sie in den Kästchen ein Kreuz machen oder in die freien Felder Zahlen eintragen. Nach dem Beantworten der Fragen nutzen Sie bitte den mitgeschickten Umschlag um den ausgefüllten Fragebogen an mich weiter zu leiten.

1. Ihr Geschlecht ist?

Weiblich

Männlich.....

2. In welchem Jahr sind sie geboren?

3. Wo haben Sie zuletzt die Schule besucht? War das ...

in einem Bundesland der Bundesrepublik Deutschland?

in der DDR

in einem anderen Land?

4. Welches ist ihr höchster Bildungsabschluss?

5. Seit wann sind Sie Mitglied des Deutschen Bundestages?

6. Welchen Beruf haben Sie vor der Zeit Ihres Mandates ausgeübt?

7. Gehören Sie dem Vorstand der Bundestagsfraktion Ihrer Partei an?

Ja.....

Nein

8. Wie schätzen Sie sich persönlich ein: Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?

Bitte kreuzen Sie ein Kästchen an, wobei der Wert 0 bedeutet: "gar nicht risikobereit" und der Wert 10: "sehr risikobereit". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

Gar nicht risikobereit

Sehr risikobereit

- - - - - - - - - -

0 - 1 - 2 - 3 - 4 - 5 - 6 - 7 - 8 - 9 - 10

9. Man kann sich in verschiedenen Bereichen ja auch unterschiedlich verhalten. Wie würden Sie Ihre Risikobereitschaft in Bezug auf die folgenden Bereiche einschätzen?

Bitte kreuzen Sie in jeder Zeile ein Kästchen auf der Skala an!

Wie ist das...

	0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
-beim Autofahren?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-bei Geldanlagen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-bei Freizeit und Sport?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-bei Ihrer beruflichen Karriere?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-bei Ihrer Gesundheit?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-beim Vertrauen in fremde Menschen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-bei politischen Entscheidungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Überlegen Sie bitte, was Sie in der folgenden Situation tun würden:

Stellen Sie sich vor, dass Sie in einer Lotterie 100.000 Euro gewinnen. Unmittelbar nach dem Erhalt des Gewinns bekommen Sie von einer angesehenen Bank ein Angebot für eine Geldanlage, die folgendes beinhaltet:

Es gibt eine Chance, das Geld innerhalb von zwei Jahren zu verdoppeln.
Es gibt aber auch ein gleich hohes Risiko, die Hälfte des eingesetzten Geldes zu verlieren.

Sie können das Geld ganz oder teilweise in folgender Weise anlegen oder das Angebot ablehnen. Welchen Teil des Lotteriegewinnes würden Sie für eine einerseits riskante, aber gewinnversprechende Geldanlage einsetzen?

- Den ganzen Betrag von 100.000 Euro.....
- Den Betrag von 80.000 Euro
- Den Betrag von 60.000 Euro
- Den Betrag von 40.000 Euro
- Den Betrag von 20.000 Euro
- Überhaupt nichts, würde das Angebot ablehnen

11. Wie ist Ihre Meinung zu den drei folgenden Fragen?

Bitte kreuzen Sie ein jeweils ein Kästchen an.

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne voll ab
Im Allgemeinen kann man Menschen vertrauen.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen..	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn man mit Fremden zu tun hat, ist es besser, vorsichtig zu sein, bevor man ihnen vertraut.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Mitarbeit!!!

Anhang 2

Tabelle A-1: Soziodemographische Merkmale der Bundestagsabgeordneten- 2009

Kategorien	Bundestag (N=620)	Stichprobe (N=175)
Geschlecht		
Mann	416 (67,1)	122 (69,7)
Frau	204 (32,9)	53 (30,3)
Alter (in Jahren)		
Durchschnitt	49,3	52,6
<46	172 (27,8)	48 (27,6)
47-56	202 (32,6)	58 (33,3)
>56	246 (39,8)	69 (39,1)
Mitgliedschaft im Bundestag		
Durchschnitt (in Jahren)	8,62	6,87
Schulbildung		
Hauptschule	12 (2,0)	3 (1,7)
Realschule	57 (9,1)	11 (6,3)
Abitur	34 (5,5)	14 (8,1)
Studium	319 (61,5)	124 (71,2)
Promotion	115 (18,5)	22 (12,6)
Früherer Beruf		
Arbeiter	4 (0,6)	2 (1,1)
Angestellter	159 (25,6)	36 (20,8)
Beamter	113 (18,9)	29 (16,8)
Selbständiger	190 (30,6)	46 (26,6)
Sonstige	128 (20,6)	60 (34,7)
Sozialisation		
Ostdeutschland	-	21 (12,3)
Westdeutschland	-	150 (87,7)
Mitglied des Vorstands der Fraktion		
Ja	113 (18,2)	39 (22,4)
Nein	507 (81,7)	135 (77,6)

Dargestellt sind die Häufigkeiten der Merkmale. In den Klammern stehen die prozentualen Werte. In der ersten Spalte ist der komplette Bundestag dargestellt – die Daten stammen von Feldmann (2010). Bei der Anzahl der Vorstandsmitglieder werden auch die erweiterten Vorstände mit einbezogen. Zuverlässige Nicht-Surveydaten für die Sozialisation aller Bundestagsabgeordneten waren nicht verfügbar. In der zweiten Spalte sind die Strukturen der Stichprobe zu sehen. Teilweise fehlende Werte sind mit fehlenden oder verweigerten Antworten in den Fragebögen oder mit fehlenden Angaben der Bundestagsabgeordneten in Feldkamp (2010) zu erklären.

Tabelle A-2: Das Vertrauen der Bundestagsabgeordneten

	Stimme voll zu	Stimme eher zu	Lehne eher ab	Lehne voll ab
Im Allgemeinen kann man Menschen vertrauen	32 (18.50)	122 (70.52)	19 (10.98)	0 (0)
Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen	0 (0)	10 (5.78)	99 (57.23)	64 (36.99)
Wenn man mit Fremden zu tun hat, ist es besser, vorsichtig zu sein, bevor man ihnen vertraut	18 (10.59)	85 (50.00)	61 (35.88)	6 (3.53)

Dargestellt sind die Antworthäufigkeiten der Bundestagsabgeordneten auf die Vertrauensfragen. Die Antwortmöglichkeiten reichen von 1 (stimme voll zu) bis 4 (lehne voll ab). In Klammer sind die Prozentualen Häufigkeiten abgebildet. Teilweise fehlende Werte sind mit fehlenden oder verweigerten Antworten in den Fragebögen zu erklären.

Datenbasis: MdB-Befragung 2011.